

Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht!

Leben und lieben ohne Bevormundung

Jedes Jahr im September startet vor dem Bundeskanzleramt in Berlin ein „Marsch für das Leben“. Christliche Fundamentalist*innen fordern dabei das totale Verbot des Rechts auf einen Schwangerschaftsabbruch und die Bestrafung von Frauen und Ärzt*innen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen. Sie wollen eine Stimmung schaffen, in der dieser als unmoralische Handlung oder sogar als Mord gilt und gesellschaftlich geächtet wird. Sie machen, unterstützt von christlich-demokratischen Politikern und der rechtspopulistischen AfD, gegen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung mobil. Sie sind in ganz Europa vernetzt und aktiv.

Die Teilnehmer*innen des Marsches vertreten ein rückständiges Weltbild, in dem der Schwangerschaftsabbruch als eine „vorgeburtliche Kindestötung“ dargestellt wird. Sie sprechen von „Babycaust“ und relativieren so den nationalsozialistischen Holocaust. Ihr Begriff des „Lebensschutzes“ beinhaltet die totale Kontrolle über Frauen und die Rekonstruktion der „alten Ordnung“ mit der „heiligen Familie“. Mädchen und Frauen soll die Selbstbestimmung über ihr eigenes Leben und ihren Körper genommen werden. Jede nicht traditionelle Form der selbstbestimmten Lebensweise wird von ihnen diffamiert und bedroht.

Die in Deutschland gelebte Realität sieht jedoch anders aus. Wir leben in vielfältigen selbst gewählten Zusammenhängen, in Patchworkfamilien, als gleichgeschlechtliche Paare, als Alleinerziehende, in zeitweiliger Partnerschaft, in Wohngemeinschaften, mit und ohne (eigene) Kinder.

Die Gegner*innen des Rechts auf einen Schwangerschaftsabbruch organisieren militante Aktionen wie „Gehsteig-Beratungen“ vor medizinischen Einrichtungen und schüchtern Frauen ein, die Hilfe suchen. Sie verbreiten Lügen über den Schwangerschaftsverlauf und über biologische Fakten. Sie diffamieren Mediziner*innen als „Massentöter“, verleumdern Fachkräfte auf Internetseiten und versuchen – wie in Stuttgart – die Eröffnung entsprechender medizinischer Einrichtungen zu verhindern. Sie üben – wie in Nordrhein-Westfalen – Druck auf Kliniken aus, sodass nach einer Vergewaltigung weder Untersuchungen noch ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen werden. Sie machen – wie in Baden-Württemberg – gegen eine offene Sexualaufklärung an Schulen mobil.

Es ist deshalb an der Zeit, diesen Kräften und reaktionären Weltanschauungen entgegenzutreten und ihren zunehmenden politischen und gesellschaftlichen Einfluss zu stoppen.

WIR FORDERN

- **eine geschlechter- und kultursensible Sexualaufklärung für alle**
- **Informationen und den Zugang zu Verhütung: Verhütungsmittel als Kassenleistung**
- **die kostenfreie Vergabe der „Pille danach“**
- **den uneingeschränkten Zugang zum legalen Schwangerschaftsabbruch und die Streichung des §218 aus dem Strafgesetzbuch**
- **die vollständige Anerkennung aller Formen des Zusammenlebens**
- **soziale und ökonomische staatliche Unterstützung und die notwendige Infrastruktur für alle, die sich für ein Kind entscheiden, damit sie ihre eigene Lebensplanung aufrecht erhalten können**

Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht! Wir rufen die Bundesregierung und die Parteien auf, dafür zu sorgen, dass alle ohne Diskriminierung über ihre Familienplanung und ihr Sexualleben entscheiden können und bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt werden, unabhängig von ihrer Herkunft, sexuellen und geschlechtlichen Orientierung oder sozialen, ökonomischen und gesundheitlichen Situation.

Humanistischer Verband Deutschlands

Familienplanungszentrum BALANCE

Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft

Netzwerk Frauengesundheit Berlin

Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg

pro familia Berlin Brandenburg Baden-Württemberg

Terre des Femmes

S.U.S.I. Interkulturelles Frauenzentrum

Lesbenberatung Berlin

Die Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten der Berliner Bezirke

Mädchenmannschaft

EWA Frauenzentrum

Feminismos | 15M Berlin

Berliner Aidshilfe

bff | Frauen gegen Gewalt

Bündnis 90/Die Grünen

DIE LINKE

DIE LINKE Berlin

dielinke.SDS

Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Grüne Jugend

Die Falken Sozialistische Jugend Deutschlands

Jusos Berlin

Junge Humanist_innen im HVD Berlin-Brandenburg

LAG Frauen- & Geschlechterpolitik Bündnis 90/Die Grünen | Berlin

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Berlin

BdWi Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

jugendnetzwerk::lambda Berlin-Brandenburg

Pinkstinks Germany

Vielfaltzentrale

GEW – Die Bildungsgewerkschaft